

Volkszeitung



15. März
Bezugspreis-Ermäßigung!
Weiterwerben!

Herausgeber: Martin Nutschmann

Ämtliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen

Bezugspreis: 1. ein Monat RM 2,50 (postgl. 3,00), 3 Monate RM 7,50, 6 Monate RM 14,00, 1 Jahr RM 28,00. Einzelhefte 10 Pf. (postgl. 12 Pf.).

Nr. 33 · Dienstag, 9. Februar 1932

Anzeigenpreis: Die 6 Spalten, 10 Zeilen 15 Pf. Anzeigen im Lokalteil 10 Pf. Bei 25 Spalten 10 Pf. Bei 30 Spalten 10 Pf. Bei 40 Spalten 10 Pf. Bei 50 Spalten 10 Pf. Bei 60 Spalten 10 Pf. Bei 70 Spalten 10 Pf. Bei 80 Spalten 10 Pf. Bei 90 Spalten 10 Pf. Bei 100 Spalten 10 Pf. Bei 110 Spalten 10 Pf. Bei 120 Spalten 10 Pf. Bei 130 Spalten 10 Pf. Bei 140 Spalten 10 Pf. Bei 150 Spalten 10 Pf. Bei 160 Spalten 10 Pf. Bei 170 Spalten 10 Pf. Bei 180 Spalten 10 Pf. Bei 190 Spalten 10 Pf. Bei 200 Spalten 10 Pf. Bei 210 Spalten 10 Pf. Bei 220 Spalten 10 Pf. Bei 230 Spalten 10 Pf. Bei 240 Spalten 10 Pf. Bei 250 Spalten 10 Pf. Bei 260 Spalten 10 Pf. Bei 270 Spalten 10 Pf. Bei 280 Spalten 10 Pf. Bei 290 Spalten 10 Pf. Bei 300 Spalten 10 Pf. Bei 310 Spalten 10 Pf. Bei 320 Spalten 10 Pf. Bei 330 Spalten 10 Pf. Bei 340 Spalten 10 Pf. Bei 350 Spalten 10 Pf. Bei 360 Spalten 10 Pf. Bei 370 Spalten 10 Pf. Bei 380 Spalten 10 Pf. Bei 390 Spalten 10 Pf. Bei 400 Spalten 10 Pf. Bei 410 Spalten 10 Pf. Bei 420 Spalten 10 Pf. Bei 430 Spalten 10 Pf. Bei 440 Spalten 10 Pf. Bei 450 Spalten 10 Pf. Bei 460 Spalten 10 Pf. Bei 470 Spalten 10 Pf. Bei 480 Spalten 10 Pf. Bei 490 Spalten 10 Pf. Bei 500 Spalten 10 Pf. Bei 510 Spalten 10 Pf. Bei 520 Spalten 10 Pf. Bei 530 Spalten 10 Pf. Bei 540 Spalten 10 Pf. Bei 550 Spalten 10 Pf. Bei 560 Spalten 10 Pf. Bei 570 Spalten 10 Pf. Bei 580 Spalten 10 Pf. Bei 590 Spalten 10 Pf. Bei 600 Spalten 10 Pf. Bei 610 Spalten 10 Pf. Bei 620 Spalten 10 Pf. Bei 630 Spalten 10 Pf. Bei 640 Spalten 10 Pf. Bei 650 Spalten 10 Pf. Bei 660 Spalten 10 Pf. Bei 670 Spalten 10 Pf. Bei 680 Spalten 10 Pf. Bei 690 Spalten 10 Pf. Bei 700 Spalten 10 Pf. Bei 710 Spalten 10 Pf. Bei 720 Spalten 10 Pf. Bei 730 Spalten 10 Pf. Bei 740 Spalten 10 Pf. Bei 750 Spalten 10 Pf. Bei 760 Spalten 10 Pf. Bei 770 Spalten 10 Pf. Bei 780 Spalten 10 Pf. Bei 790 Spalten 10 Pf. Bei 800 Spalten 10 Pf. Bei 810 Spalten 10 Pf. Bei 820 Spalten 10 Pf. Bei 830 Spalten 10 Pf. Bei 840 Spalten 10 Pf. Bei 850 Spalten 10 Pf. Bei 860 Spalten 10 Pf. Bei 870 Spalten 10 Pf. Bei 880 Spalten 10 Pf. Bei 890 Spalten 10 Pf. Bei 900 Spalten 10 Pf. Bei 910 Spalten 10 Pf. Bei 920 Spalten 10 Pf. Bei 930 Spalten 10 Pf. Bei 940 Spalten 10 Pf. Bei 950 Spalten 10 Pf. Bei 960 Spalten 10 Pf. Bei 970 Spalten 10 Pf. Bei 980 Spalten 10 Pf. Bei 990 Spalten 10 Pf. Bei 1000 Spalten 10 Pf.

Wir fordern:

Volksabstimmung im Memelland!

Die Illusion Paneuropa

Jede Zeitperiode hat ihren besonderen Inhalt. In der Gegenwart wird die Aufmerksamkeit der Welt immer wieder auf das Problem gelenkt, nach dem Europa wirtschaftlich und politisch zu einer Einheit gestaltet werden soll. Gerade die Zerklüftung Europas nach dem Weltkriege, der eine Reihe kleiner Staatsgebilde neu geschaffen hat, läßt das Problem Paneuropa in den Vordergrund treten. Die Anhänger der paneuropäischen Idee verweisen immer auf das Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika und wollen aus Europa eine ähnliche Einheit schaffen. Die Paneuropäer gehen also grundsätzlich vom Punkte aus, dessen Wichtigkeit für die Entwicklungsgeschichte der Völker natürlich nicht bestritten werden kann. Staatliche und wirtschaftliche Verbände lassen sich jedoch nicht nur von den räumlichen Grundlagen aus, sondern auch von der Zweckmäßigkeit konstruieren, sondern sind den Gesetzen der historischen Dynamik unterworfen. Die Geschichte aber wird von Völkern und Männern bestimmt, die das staatliche und wirtschaftliche Schicksal auf dem naturgegebenen Boden erfüllen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sollte es ein glückliches geschichtliches Zusammenreffen, daß die aus Europa kommende weiße Herrenrasse bald dem Staatsganzen den Stempel aufdrückte und die Urvölkerung immer mehr zurückdrängte, während dem sich der ausströmende Volkstum auch ein tiefer geschichtlicher Lebensraum zur Verfügung stand, der wertmäßig an Schätzen etwa daselbe hat wie eine europäische Fläche gleicher Größe. Der Amerikaner konnte mit seinem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Willen das ganze Gebiet überspannen und ihm den Charakter der geschlossenen Staatlichkeit geben, die auf seiner völkischen Eigenart aufgebaut ist. Im großen Raum der Union wuchs eben das große Volkstum des heutigen Nordamerikaners als Einheit auf, welcher sowohl die Urvölkerung wie die Fremden, soweit sie sich nicht zu assimilieren verweigern, untergeordnet bleiben. Der amerikanische Bürger schuf sich eine Geschichte, obwohl der Bestand seines Staates nie ernsthaft auf die Probe gestellt war. So die Union zum dominierenden Staate Amerikas wurde, was seit Ende des 18. Jahrhunderts immer deutlicher in den Vordergrund trat, so wurde es verständlich, daß ihre Entwicklung für das zerstückte Europa von programmatrischen Werten als Leuchtfeuer aufgestellt werden konnte, die freilich vollkommen wirtschaftsfremd ist.

Die Staaten Europas haben eine ganz andere geschichtliche Vergangenheit aufzuweisen wie Amerika. Sie sind nicht auf eine Wurzel zurückzuführen und haben sich auch nicht nur politisch zu einem Gebilde entwickelt, da auch ihre völkische Eigenart getrennt geblieben ist. So zerfällt Europa in Staaten und Völker mit eigener Geschichte, mit eigenem Lebensraum, mit eigener Kultur und Wirtschaft. Sie auf einen Renner zu bringen, ist eine Unmöglichkeit, zumal gerade die nationalen Unterschiede sich immer strenger scheiden. Die Entwicklung selbst immer mehr und mehr die Selbständigkeit der Staatsgebilde, so daß deren Vermischung als Utopie bezeichnet werden muß. Würde zwangsläufig ein Paneuropa geschaffen, dann müßten notwendigerweise die militärisch und wirtschaftlich starken Großmächte das Übergewicht bekommen. Wenn Frankreich durch den Mund Briand immer wieder für die paneuropäische Idee Plakate macht, so ist gerade hierin die eigentliche machtpolitische Tendenz des Planes zu erkennen. In Berücksichtigung ist außerdem insbesondere, daß Deutschland in einer paneuropäischen Union durch die Reparationsverpflichtungen vorbelastet wäre, also als gleichberechtigter Partner nicht in Frage kommen würde. Es ist wirklich beläuzelnd, daß Stresemann z. B. für Paneuropa eine Einheitsbriefmarke forderte. Paneuropa könnte

Memelgebiet fordert Volksabstimmung

Memel, 8. Februar.
Unter dem Druck der letzten Ereignisse, die deutlich bewiesen, daß Litauen die Memellandautonomie völlig zerlegen will, erhebt sich in der Bevölkerung des Memelgebietes immer deutlicher

die Forderung auf Selbstbestimmung durch eine Volksabstimmung.

Allgemein ist man der Auffassung, daß im Hinblick auf die zahlreichen Verletzungen des Memelstatus der jetzt durchgeführte Staatsstreik dem Völkerbundrat Veranlassung geben müßte, festzustellen, daß Litauen die Bedingungen, unter denen es die Souveränität über das Memelgebiet erhielt, nicht erfüllt hat und daß es infolgedessen seiner Rechte verlustig gegangen ist.

Der Memelbund fordert Volksabstimmung im Memelgebiet

Berlin, 8. Februar.
Der Memellandbund, die Organisation der Memelländer in Deutschland, hat ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem eine gänzliche Neuregelung der Memelfrage gefordert wird. In dem Schreiben heißt es, daß Litauen seine Rechte aus dem Memelabkommen verstoßen habe. Weitere Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage würden niemals einen praktischen Erfolg haben. Die Neuregelung der Memelfrage müsse ihren Ausgangspunkt in einer

Volksbefragung aller Memelländer innershalb und außerhalb der Heimat

haben. Der Reichspräsident wird gebeten, als der Befreier Litauens und damit des Memellandes sich für dieses Ziel mit seiner ehrenwürdigen Verantwortlichkeit einzusetzen.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht einen Befehl des Reichswehrministers Groener vom 29. Januar 1932, der seine Auffassung über die Wehrverbände, erneut zur Kenntnis bringt und die Frage klärt, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht ausgeschlossen sind. Der Befehl ist mit Zustimmung des Reichskanzlers Brüning erlassen worden.

Der Reichswehrminister, der in erster Linie die staatspolitische Seite der Wehrverbände behandelt, erklärt u. a.:

1. Nur solche Wehrverbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen und die ihre Hauptaufgabe in der körperlichen und geistigen Erziehung ihrer Mitglieder sehen.
2. Jede militärische Betätigung der Verbände lehne ich als zwecklose Soldatenpielerei ab. Wo ich auf derartige Dinge, die gefehlich verboten sind, treffe, werde ich dagegen einschreiten.

gen. Wie die europäische Entwicklung nun einmal gegangen ist, werden auf dem Raume Europas immer verschiedene Völker, Staaten und Volkswirtschaften nebeneinander bestehen und sich verteidigen müssen. Wollte man aber gewissermaßen als einen Erfolg der politischen

In einem Telegramm an den Reichskanzler Brüning wird verlangt, die diplomatischen Beziehungen zu Litauen sofort abbrechen. Auch der Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen spricht in einem Telegramm an den Reichskanzler die Erwartung aus, daß von der Reichsregierung alles geschieht, um das geknechtete Memelland für immer von Litauen zu befreien.

Ueber vier Jahre lang hat der Feindbund gegen Deutschland die halbe Welt ins Treiben geführt — angeblich um des Selbstbestimmungsrechts der Völker willen. Später wurde dieses so teuer erkaupte Recht der Völker vom Feindbund mit den Füßen getreten, während Deutschland Nebenstaaten — Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Ukraine und Georgien — zur Selbständigkeit verholfen hat. — Nun möge jetzt der Feindbund seine Existenzberechtigung damit beweisen, daß er dem Memelland zur Selbstbestimmung verhilft.

Die Grenzlandverbände gegen das litauische Vorgehen im Memelgebiet

Hamburg, 8. Februar.
Die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände hat folgende Entschliessung gefaßt: Die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände verfolgt mit Empörung das Vorgehen Litauens im Memelgebiet, durch das erneut bewiesen wird, wie wenig dieser Staat gewillt ist, sich an Rechtsvereinbarungen zu halten. Sie erwarten von den zuständigen Reichsstellen, daß keine Mittel unversucht bleiben, um das Deutschtum im Memelgebiet gegen weitere Willkür zu schützen. Nur durch tatkräftiges und wirkungsvolles Eintreten des Reiches kann verhindert werden, daß das deutsche Volkstum in anderen Gebieten als vogelfrei angesehen und neuen Gewalttaten ausgesetzt wird.

Groener über die Wehrverbände

Wer aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht ausgeschlossen ist

Berlin, 8. Februar.
3. Die Annahme polizeilicher oder sonstiger staatlicher Befugnisse durch die Verbände werde ich stets auf das Schärfste bekämpfen. Die geringste Nachgiebigkeit auf diesem Gebiet bedeutet eine Deklassierung der Wehrmacht und Polizei, der berufenen Hüter der staatlichen Ordnung. Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer

Einigung ein wirtschaftliches Paneuropa schaffen, so würde man den Grundfehler beachten, zu übersehen, wie sehr Wirtschaft, Staat und Kultur zusammenhängen und sich nicht trennen lassen. Jede willkürliche Konstruktion im Staats- und Wirtschaftsleben führt nur zu

werber, so führte er aus, dürfen abgelehnt werden, die erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen haben, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren. Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein. **Sollens ein Umling ist die Forderung, sich bei der Auswahl von Persönlichkeiten nach der Zusammensetzung der Regierungskoalition eines Landes zu richten.** Etwas anderes ist es, bei Mitgliedern von Parteien und Verbänden, die ihrem Programm oder ihrem tatsächlichen Verhalten nach gewillt sind, die Verfassung mit Gewaltmaßnahmen zu ändern. Anhänger einer solchen Richtung sind als Soldaten unmöglich. Die Entscheidung, ob eine Partei als verfassungsförmlich anzusehen ist, ist aber durchaus nicht endgültig und feststehend, denn auch Parteien ändern sich in ihren Auffassungen. Eine Ausnahme machen solche Parteien wie die kommunistische Partei, die in ihrem Programm revolutionäre Gefinnung und Staatsfeindlichkeit zur dauernden Grundlage gemacht haben.

Ausgeschlossen bleiben ferner von der Einstellung in die Wehrmacht Bewerber:

- a) die erwiesenermaßen in beleidigender Form öffentlich gegen die Person des Reichspräsidenten Stellung genommen haben,
- b) alle diejenigen, die erwiesenermaßen im politischen Kampf durch Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung geübt haben, daß sie die sittliche Reife für die Aufnahme in die Wehrmacht nicht besitzen,
- c) Mitglieder solcher Organisationen, die sich nicht scheuen, für den Kriegsfall Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht zu predigen.

Durch diesen Befehl des Reichswehrministers Groener wird den veränderten politischen Machtverhältnissen in Deutschland offensichtlich Rechnung getragen — endlich! Das Ausnahmegebot gegen die Nationalsozialisten und die sich daraus ergebenden Vorrechte des Reichsbanners werden dadurch annulliert.

Kärntner Bauernführer tritt zur NSDAP. über

Auch durch die österreichische Bauernschaft geht ein Erwachen und Tag für Tag schließen sich mehr Bauern der NSDAP. an. Nunmehr hat dieser Gefinnungswandel auch auf die Führer übergriffen. Der Hauptgeschäftsführer der „Allgemeinen Bauern-Zeitung“, Dr. Robert Ötner, ist soeben zur NSDAP. übergetreten. Als Grund gibt er an, daß er das Verhalten des Landbundes und seiner Führer gegenüber der deutschen Erneuerungsbewegung Adolf Hitlers und besonders das der Wiener Landbundsleitung bei der letzten Regierungsabstimmung nicht länger mit seiner Überzeugung vereinbaren könne.

Adolf Hitler in Berlin

Unser Führer Adolf Hitler trifft im Laufe des Dienstag in Berlin ein, um hier einen Appell der SA- und SS-Führer der Gruppe C1 abzuhalten.